Maritta Strasser

4.3. Kann sie nicht anders oder will sie nicht anders? Ein Versuch, die Fehlbarkeiten der Politik zu erklären

Für Politik und Wurst gelte, so sagt die Volksweisheit, dass man nicht wissen wolle, wie sie wirklich gemacht werden. Dahinter steht der Verdacht, dass nichts Gutes erblickt, wer hinter die Kulissen der Macht schaut – selbst in einer Demokratie nicht. Aber ist dieses Vorurteil richtig? Aus meiner eigenen biografischen Erfahrung und mehr noch, aus einer Art verpflichtendem Zweckoptimismus als Demokratin muss ich diesen Generalverdacht ablehnen.

Verletzliche Demokraten – verletzliche Demokratie

Denn eine Demokratie von gewählten Schurken ist nicht möglich. Wohl können Schurken aller Art durch demokratische Wahlen an die Macht gelangen – nur machen sie sich dann sogleich daran, die Demokratie zugunsten ihres Machterhalts zu schleifen oder zu zerstören. Denn Demokratie bringt enorme Zumutungen mit sich für alle, die sich dem Wettbewerb um die Gunst der Wähler*innen aussetzen. Was an Gestaltungsmacht in aufreibenden Kampagnen errungen wurde, droht stets durch den Liebesentzug des Wahlvolks verloren zu gehen.

Unter diesem Druck ist es schwer, sich der Erwartung ständiger Verfügbarkeit durch Bürger*innen und Medien zu entziehen. Zu allem und jedem ist stets sofort und druckreif Stellung zu nehmen gegenüber Menschen, die einem meist in einer merkwürdigen Mischung aus Verehrung und Verachtung begegnen.

Die antidemokratische Versuchung ist für alle Politiker*innen enorm. Sie wird ihnen durch ein autoritätshöriges Umfeld auf dem

https://doi.org/10.5771/9783495997857-365, am 17.11.2024, 17:49:38
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Silbertablett serviert, sie wird eingeübt durch Strategien der Macht, ohne die ein Mandat nicht errungen werden kann (bis auf wenige Ausnahmen in besonderen historischen Situationen wie zum Beispiel dem Fall der Mauer im geteilten Deutschland). Sie wird befeuert durch berechtigte Existenzängste, wenn zum Beispiel politische Talente in jungen Jahren durch den Politikbetrieb so stark beansprucht werden, dass sie ihre Ausbildung zu einem möglichen anderen Beruf nicht zu Ende bringen.

Weil das so ist, ist die Macht in Demokratien stets geteilt, wacht eine unabhängige Judikative über das Handeln der Exekutive und die Entscheidungen der Legislative, während die Personen in der Legislative Immunität besitzen, um ihre Unabhängigkeit zu stärken. Aber wenn demokratische Entscheidungen amoralischen Kandidat*innen die Macht verleihen, wird das Sicherungsnetz der checks and balances bedrohlich dünn. Selbst in einer gereiften Demokratie wie in den USA konnten Umsturzpläne des abgewählten Ex-Präsidenten Donald Trump nur um ein Haar vereitelt werden.

Eine Demokratie ist angewiesen auf den demokratischen Ethos, dessen Kern die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung im Sinne des Gemeinwohls, aber genauso auch die Bereitschaft zum Verzicht auf Macht ist. Wenn die Gewählten dieses Ethos nicht mehr befolgen, und wenn die Wählenden es nicht mehr zum Maßstab ihrer demokratischen Entscheidungen machen (zum Beispiel weil sie die Macht anbeten[1], dann ist die Demokratie in höchster Gefahr.

Machterhalt ist aber zugleich die Bedingung der Möglichkeit verantwortungsvollen Handelns. Der Machterhalt erfordert strategisches Handeln, das in einer unauflösbaren Spannung zu den Diskursprinzipien einer diskurspragmatisch begründeten Verantwortungsethik steht. Nachfolgend drei Beispiele, um dieses Dilemma zu veranschaulichen.

Strategien der Macht 1: Freund umwerben, Feind ignorieren oder bekämpfen

Zu den wichtigsten Strategien der Macht gehört die Scheidung von Freund und Feind. Es ist eine tief verinnerlichte Überlebenstechnik von Berufspolitiker*innen, blitzschnell zu taxieren, ob das Gegenüber

[1] Vgl. den Beitrag von Lena Kornyeyeva.

https://doi.org/10.5771/9783495997857-365, am 17.11.2024, 17:49:38
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

einen unterstützt, für die Unterstützung gewinnbar wäre oder als ohnehin dem Gegner anhängend eingestuft wird. Für letztere Kategorie lohnt sich in der Regel keine argumentative Mühe, allenfalls gilt es vorsichtig zu beobachten, ob Gefahr droht.

Die strategisch begründete Haltung, sich auf einen echten Diskurs mit Gegner*innen eher nicht einzulassen, ist natürlich hoch problematisch. Aber sie kann legitim sein, zum Beispiel im Umgang mit Verschwörungsgläubigen oder Anhänger*innen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wer diesen Menschen und ihren genauso hanebüchenen wie verheerenden Thesen widerspricht, ist gut beraten, nicht auf die Wirkung beim Absender, sondern beim gemeinsamen Publikum zu zielen. Also auf das Ziel der Überzeugung des Verschwörungsgläubigen zu verzichten zugunsten des Ziels, die Zweifler*innen zu erreichen, die für dessen Thesen empfänglich sein könnten.

Strategien der Macht 2: Unehrlichkeit über die eigene Macht und Ohnmacht

In einer gereiften Demokratie ist Macht nicht nur auf Zeit verliehen, sondern immer eng begrenzt im Sinne von Zuständigkeiten, Mitspracherechten, Abstimmungsbedarfen. Selten ist diesbezüglich ehrlich, wer um die Zuneigung der Wählenden wirbt. So sagte Bundeskanzler Olaf Scholz: »Wer bei mir Führung bestellt, bekommt sie«, nur um in seinem Regierungshandeln dann für alle sichtbar zu zeigen, wie stark seine Möglichkeit zu führen abhängig ist von der Kooperationsbereitschaft seiner Koalitionspartner.

Folglich betrügt jeder Kandidat und jede Kandidatin die Wählenden, wenn er oder sie behauptet: »Wählt mich, und ich löse das Problem X.« Richtig müsste es heißen: »Wählt mich, denn ich bin geschickt genug, die zahllosen anderen Akteure zur Kooperation zu bewegen, die es braucht, um gemeinsam das Problem X zu lösen.«

Geht der Versuch der Problemlösung daneben, so ist häufig das Gegenteil zu beobachten, Verantwortung wird geleugnet. So konnte man nach den haarsträubenden Pannen bei der Organisation der Bundestags- und Abgeordnetenhauswahlen am 26. September 2021 in Berlin in einer ersten Stellungnahme eine Landeswahlleiterin Petra Michaelis erleben, die kühl erklärte, in ihrem Zuständigkeitsbereich habe alles bestens funktioniert, es sei die kommunale Ebene verantwortlich.

https://doi.org/10.5771/9783495997857-365, am 17.11.2024, 17:49:38
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Strategien der Macht 3: Es geht nicht um mich, es geht um uns

Das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu einer auf gemeinsamen Werten beruhenden Gemeinschaft ist tief verwurzelt in uns als Menschen. Es ist eine wichtige emotionale Ressource für moralisches Handeln, sehr viel mächtiger als die kognitive Unterscheidung von richtig und falsch.

Freilich wird dieses Bedürfnis ständig für Strategien des Machterhalts ausgenutzt, es wird künstlich gesteigert, indem Kollektive abgegrenzt werden gegen vermeintliche Feinde, um so die Bindung an die sich behaupten wollende Führungsperson zu erhöhen. Schon die Spaltung in Freund und Feind macht einer Demokratie schwer zu schaffen, sind doch Kompromiss und die Möglichkeit, Loyalitäten wieder zu entziehen, ihre Arbeitsgrundlagen.

Noch problematischer wird es, wenn Zugehörigkeiten nicht mehr auf freien Entscheidungen von Bürger*innen beruhen, sondern auf vermeintlich unveränderlichen Identitäten, etwa in der Art: »Du kannst hier nicht mitreden, du bist nicht weiß.« Wobei für »weiß« tausend andere Eigenschaften stehen können, auch »schwarz« natürlich.

Für den Machterhalt ist es äußerst effizient, die eigene Gruppe hart abzugrenzen und zur Aggression gegen vermeintliche Feinde zu bewegen, denn das verwischt die Unterschiede in den Interessen der Gruppenmitglieder und ihrer Führung.

Kann man mit dieser politischen Elite argumentieren?

Diese Beispiele sollen genügen, um zu veranschaulichen, welche Welten aufeinanderprallen, wenn ein dem Ideal der Erkenntnis verpflichtetes soziales System wie die Wissenschaft auf Politiker*innen trifft. Wie können beide gemeinsam Lösungen für die zahlreichen Krisen unserer bedrohten Zivilisation entwickeln?

Wie schlecht dieser Diskurs in der Praxis funktioniert, hat uns zuletzt die Corona-Pandemie vor Augen geführt. Die Enttäuschung der wissenschaftlichen Expert*innen über das wenig stringente Handeln der Politik war ebenso nachvollziehbar wie die Frustration über die politische Rücksichtnahme auf eine Minderheit, die – wissen-

https://doi.org/10.5771/9783495997857-365, am 17.11.2024, 17:49:38
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

schaftliche Evidenz leugnend – allerlei Strategien der Macht anwenden konnte und so eine allgemeine Impfpflicht verhinderte.[2]

Statt sich dieser Enttäuschung hinzugeben, ist mein dringender Rat und meine Bitte an Sie als Vertreter*innen der Wissenschaft: Lernen Sie besser zu kommunizieren. In Richtung der Öffentlichkeit hat sich die Wissenschaftskommunikation in den letzten Jahren bereits enorm entwickelt. In Richtung der Politik scheint aber vielfach noch aneinander vorbei geredet zu werden.

Wie würde ich es machen, wenn ich als wissenschaftliche Expertin die Politik beraten sollte? Ich würde mit einem Perspektivwechsel beginnen: Wie sähe mein Alltag aus, wäre ich verantwortliche Politikerin, welchen Zwängen und welchem Druck würde ich unterliegen? Dann würde ich meinem Gegenüber signalisieren, dass und wie ich dessen Situation verstanden habe.

Schließlich wäre ich auch mit Anerkennung nicht geizig. Meine Anerkennung bezieht sich allerdings nicht auf die Macht als solche. Sie bezieht sich auf das, was der Mensch, dem diese Macht auf Zeit verliehen worden ist, zu leisten hat, jeden Tag. Denn ich bin dankbar dafür, wenn sich ein Mensch diesen Knochenjob antut, zumindest dann, wenn sein Motiv nicht allein Gewinnstreben oder Geltungssucht ist, sondern eine starke idealistische Komponente hat.

Auf der Basis von Verständnis und wechselseitiger Anerkennung können gemeinsame Ziele der Ausgangspunkt sein, über konkrete Handlungsoptionen offen und vertrauensvoll zu sprechen. Dann will und kann die Politik auch anders.

---

[2] Die freilich heute nicht mehr legitim wäre, da neue Virusvarianten im Umlauf sind, wodurch der Impfstoff nicht mehr verlässlich gegen Ansteckung und Weiterverbreitung schützt. Das Argument des Fremdschutzes, für das ein Eingriff ist die körperliche Unversehrtheit hingenommen hin genommen werden muss entfällt dadurch.

https://doi.org/10.5771/9783495997857-365, am 17.11.2024, 17:49:38
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb